



Rauch über Beirut: Die israelische Luftwaffe hat einen Stützpunkt des Hizbullah bombardiert.

WAEEL HAMZEH/EPA

Pekings Nahostpolitik – ein Scherbenhaufen

Um den westlichen Einfluss zu schwächen, plante China, im Nahen Osten als Grossmacht aufzutumpfen. Die Rechnung ist alles andere als aufgegangen. Gastkommentar von Shi Ming

Am 23. Oktober 2023 nahm Chinas Aussenminister Wang Yi zum ersten Mal offiziell Stellung zum Massaker der Hamas vom 7. Oktober im israelischen Grenzland zu Gaza und zu Israels militärischer Vergeltung. Damit änderte sich radikal Chinas Nahostpolitik: Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges ergriff Peking offen Partei für das «unterdrückte Volk der Palästinenser» und griff den jüdischen Staat als «Enfant terrible» an. Vergessen schienen alle Bemühungen um eine erfolgreiche und fruchtbare Beziehung zu Israel, einschliesslich des Kaufs von sensibler Waffentechnologie.

Schnell wurde Pekings Kalkül erkennbar: China, das selbst in einer beispiellosen Wirtschaftskrise steckt, will nach Kräften den vermeintlich feindseligen Westen, vor allem die USA, ablenken und aufmischen, durch Konflikte in der Welt, die möglichst viel Aufmerksamkeit und Ressourcen binden. Das hat beim Krieg in der Ukraine funktioniert, wo man aufseiten Moskaus steht, warum also nicht auch im Nahen Osten, wo sich der Konflikt in die Länge zu ziehen scheint und in die ganze Region auszuweiten verspricht. Dabei verfolgt Peking das Ziel, als kommende globale Supermacht die geopolitischen Karten auch im Nahen Osten neu zu mischen – neben den USA und Russland.

Schon lange haben strategische Think-Tanks im Auftrag der KP-Führung mit dieser Idee gespielt. Nach Auffassung von Experten fehlte China im Nahen Osten bis anhin ein Verbündeter, der mächtig genug ist, um Pekings Interessen «mit vertreten» zu können. Die USA haben Israel, die Russen Syrien. Strategische Denker wie Yan Xuetong von der Peking University brachten die Idee auf, China könne gewisse Länder zu einer Art Hebel («leverage countries») umfunktionieren. Sind also die Palästinenser dieser Hebel?

Dafür reicht die Hamas allein, verrufen als Terrororganisation und der israelischen Armee militärisch komplett unterlegen, nicht aus. Im Juli berief China alle palästinensischen politischen Fraktionen nach Peking und zimmerte binnen Tagen eine «Peking-Deklaration», welche die PLO zwar als «die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes» anerkannte, die Hamas aber, welche sich der Auslöschung Israels verschrieben hat, in die Verantwortung einbezog. Internationale Rückendeckung verhiess zudem der Versuch Südafrikas, unterstützt von arabischen Ländern und von der Türkei, Israel wegen «Völkermord» im Gazastreifen beim Internationalen Strafgerichtshof abzustrafen.

Doch abgesehen davon, dass die «Peking-Deklaration» den internen Konflikt unter den Palästinensern kaum abbildern kann, ist «Palästina» zu klein und zu schwach, um politisches Gewicht in die Waagschale zu bringen. In Israel gab man sich unbeeindruckt. Eine «Versöhnung» unter Pekings Fittichen ist so oder so ein Phantasma.

Am 31. Juli wurde Ismail Haniya, der politische Führer der Hamas, ausgerechnet in Teheran ermordet. Iran schwor massive Vergeltung. Für Peking bietet sich Iran als der gewünschte Hebel an: Das auf Israel als Todfeind eingeschworene Iran hat überall im Nahen Osten Proxys wie den Hizbullah in Libanon und die Huthi in Jemen, auch in der Ukraine mischt es mit Raketen- und Drohnenlieferungen an

Plötzlich ist in Peking nur noch vom «Frieden», nicht mehr vom «palästinensischen Volk» die Rede.

Moskau eifrig mit. Iran ist gross und mächtig genug, um China als Stütze seiner geopolitischen Agenda zu dienen. Also erklärte Peking volles Verständnis für Teherans Position, seine nationale Souveränität und Würde mit allen Mitteln zu verteidigen.

Das Zwischenergebnis seiner neuen Nahoststrategie muss Peking beunruhigen. Die Hamas befindet sich in Auflösung. Der Hizbullah ist nach der Tötung Nasrallahs enthauptet und wankt unter Israels gezielten Schlägen auf die militärische Infrastruktur. Die vom Mullah-Regime in Teheran angeordnete grosse Vergeltung blieb klein. Ob es in der Region jenen kriegerischen Flächenbrand geben wird, auf den Peking gesetzt hat, ist fraglich.

Bleibt als erfolgreichster Unruhestifter Putin, doch auch seine Felle scheinen in der Ukraine allmählich davonzuschwimmen. Peking denkt da schon weiter, und es mehrern sich die Zeichen, dass Putin nicht mehr ganz Xi Jinpings Treue vertrauen kann. Kürzlich gab es in Peking dank der Vermittlung der deutschen Botschaft eine Filmwoche zur Ukraine – eine Brücke zur Versöhnung mit Kiew?

Es ist daher folgerichtig, dass in Peking sowohl das Aussenministerium als auch die Think-Tank-Strategen in Sachen neue Nahostpolitik kräftig zurückrudern. Nun ist nur noch vom «Frieden», nicht mehr vom «palästinensischen Volk» die Rede. Irans militante Rhetorik wird von den Medien nicht mehr zitiert, geschweige denn durch eigene Kommentare nachgewürzt. Nach einem geeigneten chinesischen Hebel im Nahen Osten muss weiterhin gesucht werden, vielleicht bietet sich ja Ägypten an.

Die Frage bleibt, ob man Peking in seiner selbsternannten Rolle als Vermittler und Friedensstifter im Nahen Osten nach solchen Eskapaden überhaupt noch ernst nehmen kann. Auch hat die westliche Aufmerksamkeit für Chinas aggressives Gebaren im Südchinesischen Meer kaum nachgelassen. Unlängst passierten sogar zwei deutsche Kriegsschiffe die von Peking heftig als Binnengewässer beanspruchte Taiwanstrasse. Es war eine Demonstration für die freie Seefahrt, aber auch eine Absage an die imperialen Grossmachtträume, die Peking mit Gewalt durchzusetzen bereit zu sein scheint.

Shi Ming lebt als freier Journalist in Trier.

Allmählich versteht man das Muster: Russland versucht, Wokenessaffine und bekennende Christen zu spalten, um den Westen zu schwächen. Als das IOK und Frankreich anlässlich der Eröffnung der Olympischen Spiele den katholischen Glauben verhöhnnten, trat noch gleichentags die staatlich gelenkte russisch-orthodoxe Kirche auf den Plan. Larroyant bedauerte sie, es gehe ein kulturell-historischer Selbstmord vor sich «in einer der einst christlichen Hauptstädte der europäischen Zivilisation».

Und als Sanija Ameti dem islamisch motivierten Terror, der seit längerem Europa heimsucht, Schützenhilfe leistete, indem sie zwei Dutzend Kugeln auf ein Bild von Jesus und Maria abfeuerte, war binnen Stunden das russische Propagandasprachrohr RT zur Stelle. Es rapportierte treuherzig, «besonders unter Christen» sei das Posting der GLP-Politikerin auf grosses Unverständnis sowie Empörung gestossen.

Putins Dekret

Russland als Beschützerin der vom entfesselten Liberalismus bedrohten Christenheit: Angesichts des grossen Schlachtens, das Putin in der Ukraine veranstaltet, und mit Blick auf die Tatsache, dass – zumindest in Mitteleuropa – das Christentum eher noch Fassade denn lebensprägende Wirklichkeit ist, wird die russische Charmeoffensive wenig Durchschlagskraft entfalten. In Osteuropa ist deren Wirkung jedoch eine andere. Und in den USA sind längst nicht alle immun gegen die Propaganda der vermeintlichen Retter des Abendlandes.

Das wurde jüngst deutlich, als Präsident Putin ein Dekret unterzeichnete, das sich an Bürger westlicher Länder richtet. Diese können fortan unbürokratisch in Russland ein Aufenthaltsvisum erhalten, ohne den Nachweis der Kenntnis der Sprache oder der Geschichte des Landes. Voraussetzung ist, dass sie Staaten entfliehen wollen, die eine Politik betrieben, die «destruktive neoliberale ideologische Haltungen» auferlege und die den tradi-

Ein Streit mit der Religion wäre fatal

Der Liberalismus speist sich aus Ideen, die das Christentum angelegt hat. Dieses profitiert von früher nie gekannten freiheitlichen Bedingungen, die eine liberale Ordnung ermöglichen. Gastkommentar von Martin Grichting

tionellen geistigen und moralischen Werten Russlands widerspreche. Prompt kroch die reichweitenstarke, in Kanada beheimatete Lebensrechtsseite «Life Site News», die dem konservativen katholischen Meinungsspektrum zuzurechnen ist, Putin auf den Leim und berichtete kritiklos.

Der Liberalismus speist sich aus Ideen, die das Christentum angelegt hat. Dieses profitiert von früher nie gekannten freiheitlichen Bedingungen, die eine liberale Ordnung ermöglichen. Trotzdem sind Christentum und Liberalismus nicht deckungsgleich. Zeitweise herrschte zwischen ihnen, wie es der Oxford-Gelehrte Larry Siedentop beschrieben hat, gar ein «Bürgerkrieg», weil Christentum und Liberalismus im gleichen Gedankengebäude

wohnen. Auch Friedrich August von Hayek hat betont, das Ewige und das Zeitliche seien aus liberaler Sicht Bereiche, die auseinandergelassen werden sollten. Der «wahre Liberalismus» liege jedoch nicht im Streit mit der Religion. Deshalb könne man die «militante und wesentlich unliberale antireligiöse Einstellung, die den kontinentalen Liberalismus des 19. Jahrhunderts anfachte», nur bedauern.

Seit den Zeiten eines John Stuart Mill, der gegen die christliche Religion die Trommel rührte, sind anderthalb Jahrhunderte vergangen. Die katholische Kirche hat durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) mit dem Erbe der Aufklärung Frieden geschlossen. Und Jürgen Habermas hat an die liberalen Postmetaphysiker die Forderung gerichtet,

sie müssten sich die «selbstreflexive Überwindung eines säkularistisch verhärteten und exklusiven Selbstverständnisses der Moderne» zumuten. Denn der liberale Staat könne nicht wissen, ob sich die säkulare Gesellschaft ohne die Religion von «wichtigen Ressourcen der Sinnstiftung» abschneide.

Burgfrieden bewahren

Trotz diesen Schritten aufeinander zu bleibt eine Inkommensurabilität zwischen Liberalismus und (christlicher) Religion bestehen, weil transzendente Lehren und diesseitige Ordnungsprinzipien auf verschiedenen Ebenen liegen. Es wird deshalb weiterhin Traditionalisten geben, die dem Ancien Régime nachtrauern und dadurch Liberalen die Religion verdächtig machen. Umgekehrt wird staatlich praktizierter Wokeismus zur Entfremdung nicht weniger Christen von den freien offenen Gesellschaften führen, weil sie von den Auswüchsen einer nihilistisch unterfütterten Variante des Liberalismus angewidert sind.

Dennoch müsste es im Westen für Christen und Liberale darum gehen, den in den letzten Jahrzehnten erreichten Burgfrieden zu bewahren, indem gesellschaftspolitische Exzesse vermieden werden und das Grundrecht der Religionsfreiheit unverkürzt anerkannt bleibt. Denn Christentum und Liberalismus sind eben nicht nur unterscheidbar, sondern spaltbar – Letzteres zum Schaden beider. Ein gemeinsamer Feind hat dies erkannt: Russische Propaganda führt gegenwärtig Christen und Liberalen vor Augen, dass sie aufeinander verwiesen sind und dass ihr Auskommen miteinander ein Element der Stärke des Westens bedeutet. So betrachtet, erweist sich der jüngste Manipulationsversuch aus dem Osten als Teil jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.

Martin Grichting war Generalvikar des Bistums Chur und beschäftigt sich publizistisch mit philosophischen sowie theologischen Fragen.